**Anja Bundschuh:**

Fernsehen und Jugendschutz in Europa. Eine Politikfeldanalyse zum Verhältnis von staatlicher Regulierung und Selbstkontrolle. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999.

58,00 DM, 299 Seiten.

Fernsehen und Jugendschutz in Europa

Anja Bundschuhs Buch gibt einen detaillierten Überblick über die Geschichte und den aktuellen Stand des europäischen Jugendmedienschutzes, bezogen auf den Abschluss des Manuskripts im Jahr 1997. Dazu hat sie Klassifikationsorganisationen, Aufsichtsbehörden und Sendern ausführliche Fragebögen vorgelegt, so dass ein authentisches Bild der europäischen Szenerie entsteht. Da das Buch nicht mehr ganz aktuell ist, liegt sein Wert aber nicht in dieser Beschreibung, sondern vielmehr in dem Versuch, die politischen Prozesse bis zu diesem Zeitpunkt nachzuvollziehen und zu analysieren. Als Politikwissenschaftlerin steht für sie die Überlegung im Vordergrund, welche Politikstrategien dazu beitragen könnten, Regulierungsprozesse auf europäischer Ebene zu befördern.

Da es sich bei dem Text um eine Dissertation handelt, werden die theoretischen Zusammenhänge einer Politikfeldanalyse,

der theoretische Kontext von Jugendmedienschutz und die Methode der Untersuchung sehr ausführlich dargestellt. Das hat den Vorteil fundierter Informationen und sachgerechter Zuordnung der untersuchten europäischen Vielfalt zu dem theoretischen Kontext des Jugendmedienschutzes. Es hat den Nachteil, dass der Text als wissenschaftlich hochanspruchsvolle Reflexion nicht so einfach zugänglich ist, wie etwa die in den vergangenen *tv diskurs*-Ausgaben wiedergegebenen Interviews mit einigen Akteuren des gleichen Personenkreises. Nach einer Einführung in die Fragestellung der Arbeit entfaltet Anja Bundschuh ihren politikwissenschaftlichen Ansatz und diskutiert die zentralen Begriffe, die bei einem potentiellen europäischen Jugendmedienschutz relevant sind: Regulierung und Steuerung. Dann geht sie insbesondere auf die Dynamik von Policy-Prozessen ein und verweist auf verschiedene Aspekte dieses Prozesses, z.B. die „regulative Konkurrenz“ oder die „symbolische Gesetzgebung“. Mit der Diskussion dieses theoretischen Kontextes, die sie an den konkreten politischen Verhältnissen in der EU abhandelt, wird die Komplexität deutlich, die den Verständigungs- und Vereinbarungsversuchen auf europäischer Ebene zugrunde liegt. Sie konkretisiert ihre grundsätzlichen Überlegungen an der Frage, wie Fernsehen als Gegenstand einer supranationalen Ordnungspolitik von den verschiedenen politischen und administrativen Organisationen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten aus gesehen wird. Bevor sie ausführlich die nationalen Regulationsmechanismen für die 15 europäischen Staaten darstellt, zeichnet sie die Debatte um die

wissenschaftliche Begründung des Jugendmedienschutzes nach.

Unter dem Strich bestätigt sich durch Anja Bundschuhs Analyse einmal mehr die Komplexität von Einigungsversuchen zum europäischen Jugendmedienschutz. Auch eine Politikfeldanalyse kann nur ansatzweise und stark vereinfachend ein Modell liefern, das die Vielzahl der Akteure und Organisationen in ihren Wechselwirkungen erfasst: „Insbesondere für den Bereich der Implementation, beziehungsweise der Anwendung supranational gesetzter Bestimmungen in den Mitgliedstaaten durch Rundfunkaufsichtsbehörden und Rundfunkveranstalter muss konzediert werden, dass nur Tendenzen nationaler Implementation von supranationalen Bestimmungen wiedergegeben werden können“ (S. 237). Im Klartext: Selbst wenn man plausibel beschreiben könnte, wie Entscheidungen zu einem einheitlichen Jugendmedienschutz in Europa zustande kommen, würde das noch nicht sehr viel über die nationalen Umsetzungsprozesse in den einzelnen Staaten besagen.

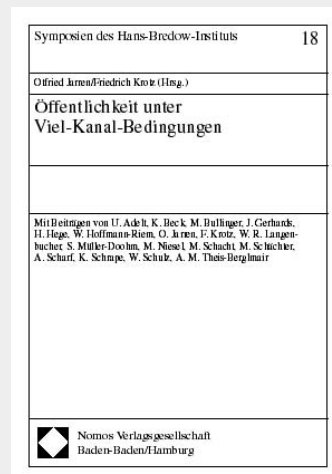
Interessant scheint mir besonders Anja Bundschuhs Einschätzung der nationalen Unterschiede hinsichtlich der Kategorien institutionelle Organisiertheit und Verantwortungsmodell: „Die Systeme in Finnland, Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Österreich und Belgien zeichnen sich durch schwach ausgeprägte institutionelle Aufsichtsstrukturen sowie eine hohe Selbstverantwortlichkeit der öffentlich-rechtlichen und auch der privaten Rundfunkveranstalter aus. Die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich der Darstellung von Gewalt und Pornographie sind in allen sechs Län-

den relativ allgemein gehalten. Sie legen die Verantwortlichkeit in erster Linie in die Hände der Rundfunkveranstalter, die dafür Sorge zu tragen haben, dass ihre Programme mit den allgemeinen Prinzipien von Würde und Ehre des Menschen zu vereinbaren sind“ (S. 184). Demgegenüber gäbe es in Deutschland, Großbritannien und Frankreich einen hohen Grad von Organisiertheit mit differenzierten Kompetenzen. Die Anbieter seien an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden, die von den Rundfunkaufsichtsbehörden interpretiert würden.

In Portugal und Griechenland wiederum gäbe es zwar gesetzliche Bestimmungen, aber keine oder nur gering ausgeprägte Organisationen und Behörden, die über die Ausführung und Einhaltung der Bestimmungen wachen. Dies führe zu einer weitgehend unkontrollierten Gestaltung der Programme durch die Anbieter.

Da sich daran bis heute nichts geändert hat und wir noch nicht die Ursache dieser Unterschiede begriffen haben, wird es wohl noch ein langer und mühevoller Weg werden, bis differenzierte europäische Regulationsmechanismen, basierend auf entsprechenden Kriterienkatalogen, erarbeitet und implementiert sind.

Christian Büttner



Otfried Jarren/Friedrich Krotz (Hg.):
Öffentlichkeit und Viel-Kanal-Bedingungen.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft,
1998. 79,00 DM, 231 Seiten mit Tab.

Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen

In den letzten Jahren hat ein struktureller Wandel der Gesellschaft stattgefunden. Stichworte wie Pluralisierung, Individualisierung, Ausdifferenzierung der Gesellschaft, Globalisierung, Mediengesellschaft, Informationsgesellschaft usw. machen die Runde. In aller Kürze besagen diese Begriffe eines: Die Welt ist vielfältiger geworden, und die Medien spielen eine immer größere Rolle. Wenn die Welt aber vielfältiger geworden ist, wie sieht es dann mit einer zentralen Funktion der Medien aus, die in der Vergangenheit immer wieder für den Zusammenhalt der Gesellschaft reklamiert wurde: der sozialen Integration? Haben Medien noch integrierende Kraft? Können sie das unter den Bedingungen nicht nur der Vielfalt von Lebensstilen, sondern auch von Medienvielfalt noch haben? Wie ist es um das Prinzip der Öffentlichkeit bestellt, über die sich doch unsere demokratische Gesellschaft weitgehend legitimiert? Was bedeutet dies für die politische Kommunikation? Diese und weitere Fragen haben eine Reihe

von Wissenschaftlern beschäftigt, die im Hamburger Hans-Bredow-Institut zusammenkamen.

Die ersten beiden großen Abschnitte, *Makroperspektive: Medienstruktur und Öffentlichkeit* und *Mikroperspektive: Mediennutzungsverhalten und Öffentlichkeit*, sind die interessanteren, denn sie gehen das Thema grundsätzlich an. Die beiden Abschnitte *Digitales Fernsehen: Angebot, Entwicklung, Regellungsbedarf* und *Digitales Fernsehen: Standpunkte* sind eher aus historischer Perspektive bedeutsam, wenn man sie mit der aktuellen Entwicklung des digitalen Fernsehens in den letzten zwei Jahren vergleicht – auch wenn die Überlegungen zur Regulierung von Martin Bullinger und Wolfgang Hoffmann-Riem nach wie vor wichtig sind.

In seinem Beitrag *Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen* geht Jürgen Gerhards grundsätzlich auf den Begriff der Öffentlichkeit ein. „Konzepte und Theorien von Öffentlichkeit waren und sind bis heute Bestandteile weiter gefasster Vorstellungen darüber, wie das politische System als demokratisches System verfasst sein soll. Theorien der Öffentlichkeit sind historisch, aber auch in der gegenwärtigen Diskussion in aller Regel verbunden mit Theorien der Demokratie. Der Begriff der Öffentlichkeit bezeichnet entsprechend von allem Anfang an eine politische Öffentlichkeit“ (S. 25). Dennoch gibt es verschiedene Auffassungen und Konzeptionen von Öffentlichkeit, die der Autor idealtypisch unterscheidet: eine liberale Vorstellung von Öffentlichkeit und eine republikanisch-diskursive Vorstellung von Öffentlichkeit. Letztere ist untrennbar mit den Werken des Sozial-